

Rebellion gegen die Karas

Gebannt blickt Lateinamerika nach La Paz: Übernimmt ein Indio, ein Freund der Kokabauern, dort das Präsidentenamt?

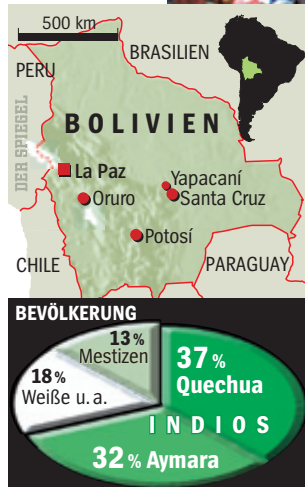
Der Bewerber fährt mit einem blauen Trecker vor. Mühsam sucht Evo Morales, 46, Halt auf dem Trittbrett, eine Kette hupender Mopedtaxis eskortiert das Gefährt durchs Spalier drängelnder Anhänger.

Seit dem frühen Morgen haben die Menschen im Dorf Yacapaní ausgeharrt, um einen Blick auf ihr Idol zu erhaschen. Sie haben Kokablätter gekaut und damit Hunger wie Müdigkeit betäubt. Die Ärmsten der Armen sind hier zusammengeströmt, ausgemergelte, barfußige und oft zahnlose Gestalten mit verhärmtten Gesichtern. Sie stammen aus Potosí und Oruro, einst glanzvollen Minenstädten im Andenhochland, die heute zu den trostlosesten Gegenden des Kontinents zählen. Denn die Silber- und Zinkminen hier geben nichts mehr her, der Boden ist ausgelaugt, die Felder sind verdorrt.

Auch „Evo“, wie die Leute den Präsidentschaftskandidaten der Linkspartei MAS rufen, kaut Koka; es hilft ihm, die Strapazen des Wahlkampfs zu ertragen. Er ist kein großer Redner, oft verhaspelt er sich. Langatmig doziert er über sein Lieblingsthema, die Einrichtung von kommunalen Radiosendern in den Dörfern. Die Zuhörer klatschen selten, Begeisterung will nicht aufkommen. Trotzdem werden die Campesinos kommenden Sonntag für Evo stimmen. Er ist ihre einzige Hoffnung.

Evo Morales steht für den jahrzehntelangen Kampf der Indios gegen die hellhäutige Minderheit, die seit der spanischen Kolonialherrschaft die Geschichte des Landes bestimmt. Er hat das Bündnis von Gewerkschaften und Bauernverbänden gegen die „Karas“ zusammengezimmert, wie sie die weiße Herrschaftsschicht nennen.

Jetzt stehen die Indios an der Pforte zur Macht. Morales könnte der erste indianische Präsident Boliviens seit Erlangen der Unabhängigkeit vor 180 Jahren werden. Damit ist er Symbolfigur der größten Bevölkerungsgruppe und der immer aktiver werdenden Indiobewegungen in der gesamten Region.



Kandidat Morales: „Den bolivianischen Staat neu erfinden“

„Wir müssen den bolivianischen Staat neu erfinden“, sagt Evo Morales und spricht von seinem wichtigsten Ziel, einer verfassungsgebenden Versammlung. Wenn er nicht unterwegs ist, residiert er im dritten Stock eines Mietshauses in La Paz, das als

Wahlkampfbüro dient. Um ihn herum herrscht Chaos, doch Morales bleibt liebenswürdig und geduldig. Früher behandelte er Journalisten mit kaum verhüllter Feindseligkeit. Kritik nahm er persönlich, unbequeme Frager wimmelte er ab.

Jetzt gibt Evo ganz den Staatsmann. Er wolle Präsident aller Bolivianer werden, versichert er. Die Legalisierung des Kokaanbaus und die Verstaatlichung der zahlreichen Rohstoffe, zwei Reizthemen, kommen in seinen Wahlkampfreden kaum noch vor – er will Besorgnisse im Ausland zerstreuen.

„Wir akzeptieren, dass sich internationale Firmen an der Erschließung unserer Bodenschätze beteiligen“, erklärt er dem SPIEGEL. „Aber die Gas- und Ölvorkommen müssen in unserer Hand bleiben, das Maß ausländischer Beteiligung muss wie in Venezuela und Kuba verhandelt werden. Fidel Castro hat mich in dieser Frage beraten.“

In den USA gilt Evo Morales als linksnationalistisches Schreckgespenst, als Narcoterrorist und Handlanger des venezolanischen Populisten Hugo Chávez. Evo hält sich deshalb mit Lob auf den Freund in Caracas zurück. Als der venezolanische Botschafter ihn im Wahlkampf öffentlich unterstützte, tadelte er das als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Boliviens. Einen Senator seiner Partei, der mit einem Putsch gedroht hatte, piff er mit den Worten zurück: „Wir machen eine Revolution, aber auf demokratischem Weg.“

Morales verdankt seinen Aufstieg dem System von Bauernverbänden und Gewerkschaften. In seiner Geburtsstadt im Andenhochland tat sich der Aymara-Indio als Veranstalter von Fußballspielen hervor, bei Gewerkschaftsfesten der Bergarbeiter spielte er Trompete. Später wanderte die Familie in den Chaparé ab, ein Kokaanbaugesbiet am Fuße der Anden.

Rasch profilierte Morales sich in der Organisation der Kokabauern. Er bekämpfte die Amerikaner, die das bolivianische Militär bei der Drogenbekämpfung beraten. Die Vernichtung der Kokaplantagen, der einzigen Einkommensquelle der Bauern, führte im Chaparé fast zum Aufstand. „Wir werden alle internationalen Abkommen respektieren“, sagt Morales. „Aber wir werden nicht zulassen, dass die Amerikaner unter dem Vorwand eines Krieges gegen Drogen ihre Vorherrschaft in Lateinamerika ausbauen.“

„La Embajada“, wie die US-Botschaft in La Paz genannt wird, ist verhasst; allzu oft hat sie Diktatoren den Weg zur Macht geebnet. Bei der letzten Wahl 2002 drohte Washington mit Einstellung der Wirtschaftshilfe, falls Morales Präsident werde.

Diesmal scheinen die Amerikaner zu resignieren – in der Einsicht, dass Evos Wahlsieg kaum noch zu verhindern ist. Diskret sondieren sie bereits seit Monaten, wie dessen Drogenpolitik aussehen könnte. Der Unternehmerverband drängt sogar auf eine Koalition zwischen Evo und dessen stärkstem Gegner, dem konservativen Ex-Präsidenten Jorge „Tuto“ Quiroga.

Denn weil Evo nicht auf Anhieb die absolute Mehrheit erringen dürfte, wird wohl der Kongress den neuen Staatschef wählen. Und wenn der nicht Evo Morales heißt, droht die Wiederholung der blutigen Unruhen vom Herbst 2003. Ein neuer Aufstand der Indios aber würde jeden anderen Präsidenten aus dem Amt fegen.

JENS GLÜSING